



Peter Wichtel

Unsere Stimme in Berlin

CDU

Berlin Aktuell

08/2017 – 30.06.2017

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freunde,

heute ist die letzte Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in dieser Wahlperiode zu Ende gegangen. Ich werde Ihnen daher zum vorerst letzten Mal den gewohnten Einblick in die wichtigsten Debatten und Entscheidungen im Plenum und meine Arbeit in Berlin geben.

Da die Abgeordneten im September noch einmal kurzfristig für die noch anstehenden Haushaltsberatungen im Bundestag zusammenkommen werden, will ich erst zu gegebener Zeit und nach tatsächlich vollendeter Arbeit als Ihr Abgeordneter Bilanz ziehen und mich auf diesem Weg von Ihnen verabschieden.

Bis dahin freue ich mich darauf, gemeinsam mit Ihnen den Wahlkampf für unseren Bundestags-Kandidaten Björn Simon zu beginnen und das bestmögliche Ergebnis für ihn, unseren Wahlkreis und die CDU Deutschland zu erreichen.

Mit den besten Grüßen für ein schönes Wochenende und einen erholsamen Sommer

Ihr

www.peterwichtel.de



Wir trauern um Helmut Kohl



Mit Helmut Kohl ist vor zwei Wochen am 16. Juni ein großer Staatsmann gestorben. Die deutsche Wiedervereinigung und das vereinte Europa werden immer mit seinem Namen verbunden bleiben. Wir danken Helmut Kohl dafür und werden ihn nie

vergessen. In unseren Gedanken sind wir auch bei seiner Familie.

Viele von uns verbinden persönliche Erinnerungen mit ihm. Auch in seinen letzten Lebensjahren war uns der Rat Helmut Kohls wichtig. Wir erinnern uns noch lebhaft an seinen letzten Besuch in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor fünf Jahren. Dort war zu spüren, wie wichtig ihm die Fraktion, die er über lange Jahre geführt und die er stets als seine politische Heimat betrachtet hatte, immer noch war. Helmut Kohl hat uns bei diesem Besuch im September 2012 eindringlich daran erinnert, dass unser Einsatz dem Frieden gelten muss – und dass dieser Frieden nur durch ein geeintes Europa bewahrt werden kann.

Wir verneigen uns vor Helmut Kohl, dem Kanzler der Einheit und Ehrenbürger Europas. Wir wissen, was unser Kontinent, was unser Land, was aber auch unsere Partei und unsere Fraktion ihm zu verdanken haben. Sein Vermächtnis ist unser Ansporn. Wie niemand sonst weiß die Union um Deutschlands Verantwortung in Europa und in der Welt. Wir werden Helmut Kohl ein ehrendes Andenken bewahren.

Unerwartete Abstimmung zum Thema „Ehe für alle“

Unser Koalitionspartner hat nach vier Jahren Zusammenarbeit am letzten Tag in der letzten Sitzungswoche der Wahlperiode aus wahlkampfaktischen Gründen eine Abstimmung zum sensiblen und emotionalen Thema der **Öffnung der Ehe** provoziert und regelrecht „durchgepeitscht“. Das ist bedauerlich und überaus verstörend. Eine so spontane Abstimmung ist alleine deswegen



(© Bundestag/Lichtblick/Achim Melde)

schwierig, weil es wichtige verfassungsrechtliche Fragen zu klären gibt, wie beispielsweise ob es einer Grundgesetzänderung bedarf. Eine Klage ist daher schon jetzt vorhersehbar.

Ich persönlich bin der Ansicht, dass die Ehe zwischen Mann und Frau Keimzelle der Familie und der Gesellschaft und daher nach dem Grundgesetz mit Recht unter besonderen Schutz gestellt ist. Dieser Schutz sollte nicht leichtfertig aufgegeben werden. Auch das Bundesverfassungsgericht hat im Jahr 2002 geurteilt, dass „die Ehe nur mit einem Partner des jeweils anderen Geschlechts geschlossen werden kann, da ihr als Wesensmerkmal die Verschiedengeschlechtlichkeit der Partner innewohnt.“

Selbstverständlich können auch Menschen gleichen Geschlechts Verantwortung füreinander übernehmen. Ich habe es daher begrüßt, dass im Jahr 2001 die Institution der „eingetragenen Lebenspartnerschaft“ geschaffen wurde, mit der eine nahezu vollständige rechtliche Gleichstellung bereits Realität ist. Wir hatten daher mit der Ehe von Mann und Frau auf der einen und der eingetragenen Lebensgemeinschaft homosexueller Paare auf der anderen Seite bisher einen gerechten und praktikablen Weg gefunden.

Ich gehe davon aus, dass es bei der nun getroffenen Entscheidung im Kern nur um eine hauptsächliche Frage ging – nämlich um die der Volladoption. Und hier bin ich der Meinung, dass ein Kind keine gleichgeschlechtlichen, sondern mit Vater und Mutter verschieden geschlechtliche Bezugspersonen in ihrer Unterschiedlichkeit braucht.

Ich habe bei der Abstimmung am Freitag jedenfalls mit „Nein“ votiert und damit deutlich gemacht, dass die Ehe eine auf lebenslange Dauer angelegte Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau bleiben sollte.

Besserer Schutz vor Hasskriminalität in sozialen Medien



(© Rainer Sturm/pixelio.de)

Die Debattenkultur im Netz ist insbesondere in sozialen Netzwerken häufig aggressiv und verletzend. Nicht selten erfolgt dies im Schutz der Anonymität. Dieser Umgang ist nicht schön, inakzeptabel wird er, wenn dadurch geltendes Recht verletzt wird.

Schon heute sind Betreiber sozialer Netzwerke wie Facebook und Twitter verpflichtet, Rechtsverletzungen wie Volksverhetzung, Beleidigungen und Verleumdungen im Internet unverzüglich zu löschen, wenn sie davon Kenntnis erlangen. Dieser Verpflichtung, die auch im EU-Recht verankert ist, kommen die Unternehmen bisher nicht mit ausreichender Gründlichkeit nach. Gelöscht wird derzeit intransparent und nach eigenen unternehmensinternen Richtlinien, die übrigens weit mehr als bloße Rechtsverletzungen erfassen.

Wir müssen dem Prinzip Geltung verschaffen, nach dem in der virtuellen Welt die gleichen Regeln gelten wie in der realen. Mit dem in dieser Woche verabschiedeten **Netzwerkdurchsetzungsgesetz** verpflichten wir deshalb die Betreiber großer sozialer Plattformen, ein wirkungsvolles System in Form eines Beschwerdemanagements aufzubauen, das die Durchsetzung geltenden Rechts gewährleistet, damit Hinweise von Bürgern über Rechtsverletzungen nicht nur dankend entgegen genommen, sondern bearbeitet werden und in offensichtlichen Fällen auch schnell gelöscht wird. Dort, wo Rechtsverletzungen nicht auf den ersten Blick klar sind, haben Unternehmen mehr Zeit zu Bearbeitung. Damit in diesen Fällen eine Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit ausgeschlossen ist, haben wir im parlamentarischen Verfahren dafür gesorgt, dass Plattformen nach dem Vorbild des Jugendmedienschutzes unabhängige Entscheidungseinrichtungen einbinden können. Ohnehin drohen Plattformbetreibern keine Bußgelder, wenn einzelne Hasskommentare nicht gelöscht werden. Sanktioniert wird nur, wenn kein wirksames Beschwerdemanagement errichtet wird.

Aktuelles aus dem Plenum



(© Reckmann/pixelio.de)

Zur **Bekämpfung der Einbruchskriminalität** haben wir in dieser Sitzungswoche in zweiter und dritter Lesung das Strafrecht verschärft und die Befugnisse der Strafermittlungsbehörden ausgeweitet. Künftig werden wir den Einbruch in eine dauerhaft genutzte Privatwohnung härter ahnden. Er sieht durch die Einführung eines neuen Straftatbestandes Freiheitsstrafen von mindestens einem Jahr und bis zu zehn Jahren vor. Zudem entfällt die Regelung zum minder schweren Fall, Wohnungseinbruchsdiebstahl wird künftig ausnahmslos als Verbrechen gewertet. Um die Aufdeckung von Bandenstrukturen der Täter zu erleichtern, ermöglichen wir es der Polizei, Verbindungsdaten der Tatverdächtigen auf Grundlage eines richterlichen Beschlusses auszuwerten.

Ebenso in zweiter und dritter Lesung verabschiedet haben wir im Verlauf der Sitzungswoche ein Gesetz, mit dem wir die **Veranstaltung von illegalen Straßenrennen sowie die Teilnahme daran unter Strafe stellen**. Bisher sind illegale Straßenrennen nur als Ordnungswidrigkeit verfolgbar, was den damit verbundenen erheblichen Gefahren für unbeteiligte Passanten und andere Verkehrsteilnehmer nicht gerecht wird. Mit dem Gesetzentwurf erfassen wir fortan auch das Problem der „Einzelraser“, die das Leben anderer Verkehrsteilnehmer maßgeblich riskieren.

Daten und Fakten

Deutsche Start-ups schaffen im Schnitt 18 Arbeitsplätze. Die Vorstellung von Start-ups als Ein-Mann-Betriebe hat mit der Realität nur noch wenig zu tun. Im Schnitt beschäftigt jedes deutsche Start-up Unternehmen derzeit 18 Mitarbeiter. Im Vergleich dazu waren es 2016 15 Angestellte. Dies belegen Ergebnisse einer Umfrage des Digitalverbandes Bitkom unter mehr als 250 Unternehmensgründern. Dass deutsche Start-ups dabei immer erfolgreicher werden, zeigt sich auch darin, dass etwa zwei Drittel (64 Prozent) von ihnen im zurückliegenden Jahr neue Mitarbeiter einstellten. Auch für 2017 geben mehr als drei Viertel der Befragten (77 Prozent) an, mit weiteren Einstellungen zu rechnen.
(Quelle: Bitkom)

In Deutschland geht es gerechter zu. Zentrale verteilungspolitische Indikatoren in Deutschland haben sich seit dem Jahr 2005 wieder normalisiert oder sogar strukturell verbessert. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Wenngleich in einigen Bereichen Herausforderungen bestehen bleiben, hat sich etwa in puncto Einkommensungleichheit zwischen 2005 und 2014 das verfügbare Realeinkommen der oberen 10 Prozent nur um 0,9 Prozent, das der unteren 10 Prozent jedoch um 1,1 Prozent und der unteren 40 Prozent sogar um 1,9 Prozent erhöht. Auch die Lohnentwicklung ist seit dem Jahr 2008 wieder expansiv. Gesamtwirtschaftlich ergibt sich seit dem Jahr 2008 ein tariflicher Reallohnzuwachs von 8,1 Prozent, effektiv sind die Reallöhne in diesem Zeitraum sogar um 11,6 Prozent gestiegen.
(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

Impressum

Peter Wichtel MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 – 77041
Fax: 030 / 227 – 76241
Mail: peter.wichtel@bundestag.de
Internet: www.peterwichtel.de

Redaktion

Christoph Schmid

Bildnachweis

Seite 2 – Bundesregierung/Konrad Müller
Seite 3 – Bundestag/Lichtblick/Achim/Melde
Seite 4 – Rainer Sturm/pixelio.de
Seite 5 – Reckmann/pixelio.de